



Japan und Südkorea:

Von Auseinandertreiben über Krise zu Neustart

Yasuyo SAKATA

Einleitung

Japan und die koreanische Halbinsel erlebten das Ende des Zweiten Weltkriegs mit dem historisch negativ behafteten Erlebnis der Kolonialherrschaft Koreas durch Japan, der „Annexion“, im Zeitraum zwischen 1910 bis 1945. Japan verlor den Krieg, wodurch die koreanische Halbinsel zwar befreit, jedoch in Nord und Süd geteilt wurde. Während des Koreakriegs (1950-53) unterzeichnete Japan im Jahr 1951 den Friedensvertrag von San Francisco und normalisierte im Jahr 1965 die diplomatischen Beziehungen zur Republik Korea (nachfolgend „Südkorea“) nach rund 14-jährigen Verhandlungen im Rahmen der Aufarbeitung der Kriegsfolgen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die USA als Alliierte Japans und Südkoreas sowohl die japanisch-südkoreanische als auch die japanisch-amerikanisch-südkoreanische Zusammenarbeit stets unterstützt haben.

In den letzten Jahren wurde behauptet, dass die japanisch-südkoreanischen Beziehungen zu den „schlimmsten in der Nachkriegszeit“ gehörten, wobei mit dem Begriff „Nachkriegszeit“ in diesem Fall der Zeitraum nach der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen beider Länder im Jahr 1965 gemeint ist. Die japanisch-südkoreanischen Beziehungen in ebendieser „Nachkriegszeit“ lassen sich in drei wesentliche Abschnitte unterteilen. Der erste Abschnitt ist die „Gründungsphase“, die auf dem Grundlagenvertrag zwischen Japan und der Republik Korea

basiert, der 1965 während des Kalten Krieges geschlossen wurde; der zweite Abschnitt ist die „Entwicklungsphase“ gemäß der Gemeinsamen Erklärung zwischen Japan und Südkorea, die nach dem Kalten Krieg 1998 vereinbart wurde; und der dritte und letzte Abschnitt ist die Phase des „Auseinandertreibens und der Unordnung“ im Anschluss an die eben genannte Erklärung (2000-2010er Jahre).

Die zweite Hälfte der dritten Phase in den 2010er Jahren war ein Zeitraum, in dem nicht nur „Auseinandertreiben“ und „Unordnung“ herrschten, sondern auch Krisensituationen entstanden. Die Rechtsgrundlage, die in Form eines Schadensregulierungsabkommens zum Zeitpunkt der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen der beiden Länder im Jahr 1965 geschaffen worden war, kam ins Wanken. Eine umfassende Vision oder ein Handlungsplan wie die Gemeinsame Erklärung von 1998 war nicht vorhanden und es herrschte ein zielloses Auseinandertreiben der Beziehungen. Ausnahmslos alles, was nach dem Kalten Krieg seit den 1990er Jahren zwischen den beiden Ländern aufgebaut worden war, wurde zerstört. Dadurch flammten historische Streitfragen (wie die um sogenannte „Trostfrauen“ und Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg) wieder auf und es kam zu sicherheits- und wirtschaftsbezogenen Konflikten. Zukunftsorientierter hingegen entwickelte sich der soziale und kulturelle Austausch der nächsten Generation mithilfe von Mangas, Filmen und Literatur, der ab 1998 nach der Aufhebung

der Regulierung der japanischen Popkultur in Südkorea erfolgte. Die Politik konnte damit zwar nicht Schritt halten; doch seit 2022 haben die japanisch-südkoreanischen Beziehungen angefangen, sich erneut zum Besseren zu wenden, sodass die vierte Phase (ab den 2020er Jahren) als „Wiederherstellung“ bezeichnet werden kann.

Im ersten Abschnitt „Historischer Hintergrund“ dieses Beitrags wird versucht, einen Überblick auf die japanisch-südkoreanischen Beziehungen während der Ära von Premierminister Shinzo Abe in den 2010er Jahren sowie der Ära Abe/Suga – d. h. auf die obengenannte dritte Phase des „Auseinandertreibens und der Unordnung“ – zu geben. Während der zweiten Regierungszeit von Premierminister Abe (2012-20) und der nachfolgenden Regierung von Premierminister Yoshihide Suga (2020-21) waren die Beziehungen zwischen Japan und Südkorea mit den meisten Schwierigkeiten konfrontiert. In Südkorea befanden sich die konservative und die liberale Seite in einem harten Wettkampf. Die Regierungen unter Premierminister Abe und Premierminister Suga standen während ihrer Ära jeweils der konservativen Regierung der Präsidentin Park Geun-hye (2012-2017) und der progressiven und liberalen Regierung des Präsidenten Moon Jae-in (2017-2022) gegenüber. Sowohl während der Regierung unter Präsidentin Park als auch unter Präsident Moon kam es aufgrund von historischen Streitfragen zu Konflikten. Insbesondere

während der Ära von Premierminister Abe und Präsident Moon zwischen 2018 und 2019 haben sich Konflikte durch beiderseitige „negative Verknüpfungspolitik (negative linkage politics)“ auch auf den Bereich der Sicherheit und Wirtschaft ausgeweitet, was zur „komplexen diplomatischen Krise (complex diplomatic crisis)“ führte. Diese Zeit galt als „schlimmste in der Nachkriegszeit“ und man befürchtete, dass die Beziehungen zwischen Japan und Südkorea völlig zusammenbrechen könnten.

Der zweite Abschnitt, „Aktueller Stand und Herausforderung“, befasst sich mit den japanisch-südkoreanischen Beziehungen während der Regierung unter Premierminister Fumio Kishida in den 2020er Jahren, also im Anschluss an die Ära Abe/Suga. Im Oktober 2021 übernahm Kishida (Liberaldemokratische Partei, kurz LDP) das Amt des Regierungschefs. Die LDP ist eine grundsätzlich konservative Partei, und Premierminister Kishida war bereits in der zweiten Regierungszeit unter Premierminister Abe als Außenminister tätig. Anders als Abe, welcher der eher konservativen politischen Gruppierung „Seiwakai“ angehörte, der auf Premierminister Nobusuke Kishi zurückging, gehört Kishida der eher liberalen „Kouchikai“ an, die auf Premierminister Shigeru Yoshida zurückgeht. Kishida versucht, die Beziehungen zu den asiatischen Nachbarländern auf Basis des Realismus der LDP wiederherzustellen. In Südkorea hingegen endeten die Präsidentschaftswahlen im März

2022 mit dem Sieg des konservativen „People Power Party (PPP)“-Kandidaten und ehemaligen Staatsanwalts Yoon Suk-yeol, welcher im Mai die Regierung übernahm. Von Anfang an hat seine Regierung die Wiederherstellung der Beziehungen sowohl zwischen Japan und Südkorea als auch zwischen den USA und Südkorea aktiv gefördert. Auch Premierminister Kishida zeigte sich – anfangs etwas zurückhaltend – gesprächsbereit und setzte sich für die Wiederherstellung der japanisch-südkoreanischen Beziehungen ein. Dank der Bemühungen beider Länder kam Präsident Yoon am 16. März 2023 nach Tokyo, und somit kam das erste bilaterale Gipfeltreffen zwischen Japan und Südkorea seit zwölf Jahren wieder zustande. Zwei Monate später, am 7. Mai, besuchte Premierminister Kishida seinerseits Südkorea, wodurch die „Pendeldiplomatie (shuttle diplomacy)“ zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen wurde. Mitte Mai wurde Präsident Yoon auf den G7-Gipfel in Hiroshima eingeladen, wo Gespräche zwischen Japan und Südkorea sowie zwischen Japan, den USA und Südkorea stattfanden.

So sind die Nachkriegsbeziehungen zwischen den beiden Ländern mit dem Gipfeltreffen zwischen Premierminister Kishida und Präsident Yoon im März 2023 in eine vierte Phase der „Wiederherstellung“ eingetreten, in der man nach einem Wiederaufbau der japanisch-südkoreanischen Beziehungen strebt. In diesem Beitrag

wird durch die beiden Abschnitte „Historischer Hintergrund“ und „Aktueller Stand und Herausforderungen“ versucht, einen Überblick über die 2020er-Jahre zu schaffen.

Historischer Hintergrund: Die japanisch-südkoreanischen Beziehungen während der Regierungen Abe/Suga und Park/Moon (2012-2022) – Auseinandertreiben, Unordnung und Krisen

Der Ära Abe/Suga, d. h. den Regierungen unter Premierminister Shinzo Abe (von Dez. 2012 bis Sep. 2020) und Yoshihide Suga (von Sep. 2020 bis Okt. 2021), standen zwei südkoreanische Regierungen gegenüber: die konservative Regierung unter Präsidentin Park Geun-hye (von Feb. 2013 bis Mär. 2017) und die progressive Regierung unter Präsident Moon Jae-in (von Mai 2017 bis Mai 2022). Diese Regierungen sollten die schwierigste Zeit in den japanisch-südkoreanischen Beziehungen erleben.

(1) Ära Abe/Park (2012-2017)

Zu der Zeit der Regierungen unter Premierminister Abe und Präsidentin Park hoffte man, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern wiederhergestellt werden könnten, weil sich

beide Politiker in ihrer Konservativität ähnlich waren. Sowohl der Großvater von Premierminister Abe, Premierminister Nobusuke Kishi, als auch sein Onkel, Premierminister Eisaku Sato, sowie der Vater von Präsidentin Park Geun-hye, Präsident Park Chung-hee, förderten seinerzeit die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Obwohl bei der sicherheitspolitischen Kooperation zwischen Japan, den USA und Südkorea gegenüber Nordkorea – unter anderem aufgrund der Unterstützung durch die USA – Fortschritte erzielt wurden, kam es von Anfang an zu Konflikten aufgrund historischer Streitfragen, und auch in strategischem Hinblick konnte kein gemeinsamer Nenner gefunden werden.

In der zweiten Regierungszeit unter Premierminister Abe wurde in Japan zum ersten Mal die „Nationale Sicherheitsstrategie“ (Dezember 2013) ausgearbeitet, die einen Schwerpunkt auf Südkorea legte, indem es dort als erster nicht-amerikanischer Sicherheitspartner nach der japanisch-amerikanischen Allianz aufgeführt wurde. Auf südkoreanischer Seite setzte man jedoch die USA und China an erste Stelle, und auch Präsidentin Park besuchte nach den USA nicht Japan, sondern China. Dies bedeutete, dass Japan erstmals „herabgestuft“ worden war. Nachdem Nordkorea unter dem Staatschef Kim Jong-un Fortschritte bei den Nuklear- und Raketenprogrammen erzielt hatte, wurde die sicherheitspolitische Kooperation zwischen Japan, den

USA und Südkorea unter der Führung von US-Präsident Obama weiter gefördert. Durch diese Vermittlung vonseiten der USA wurde 2014 zwischen Japan, den USA und Südkorea ein Abkommen über den Informationsaustausch (engl. *Trilateral Information Sharing Arrangement*, kurz TISA) abgeschlossen, das den indirekten japanisch-südkoreanischen Informationsaustausch zu nordkoreanischen Raketen ermöglicht. Dieses Abkommen sollte in das „Allgemeine Abkommen über die Sicherheit militärischer Informationen“ (engl. *General Security of Military Information Agreement*, kurz GSOMIA) zwischen Japan und Südkorea überführt werden.

Historische Streitfragen behinderten jedoch weitere Fortschritte in den Beziehungen. Es bestanden zahlreiche Probleme für die Regierung von Präsidentin Park, darunter der Besuch von Premierminister Abe im Yasukuni-Schrein (Dezember 2013) und seine Erklärung zum 70. Jahrestag des Kriegsendes („Abe-Erklärung“, August 2015). Die größte ungelöste Streitfrage lag allerdings im Umgang mit dem Problem der „Trostfrauen“, das mit einem Urteil des südkoreanischen Verfassungsgerichts vom August 2011 erneut thematisiert wurde. Aus der Perspektive der japanischen Regierung war die Beteiligung des japanischen Militärs bereits 1993 mit der „Kono-Erklärung“ des früheren Generalsekretärs des Kabinetts Miyazawa, Yohei Kono, anerkannt worden. Daraufhin wurde 1995 der Asian Women’s Fund in der Zusammenarbeit

von öffentlichen und privaten Sektoren gegründet und bis 2007 Projekte zur „Wiedergutmachung“ gegenüber den ehemaligen „Trostfrauen“ durchgeführt, die unter anderem aus Südkorea, Taiwan, den Philippinen, Indonesien und den Niederlanden stammten. Einige südkoreanische Bürgerinitiativen erhoben jedoch Einspruch und klagten, wodurch internationale Kampagnen in den Vereinten Nationen und den USA entstanden, die 2011 schließlich zu dem verfassungsrechtlichen Urteil in Südkorea führten, dass die südkoreanische Regierung in diesem Zusammenhang einen proaktiveren Ansatz verfolgen müsse. Trotz des gespannten Verhältnisses, das dadurch zwischen den Regierungen unter Premierminister Abe und Präsidentin Park anfänglich bestanden hatte, folgte die japanische Regierung im Jahr 2014 der Kono-Erklärung, sodass im Dezember 2015 zwischen dem damaligen südkoreanischen Außenminister Yun Byung-se und dem damaligen japanischen Außenminister Fumio Kishida eine neue „Trostfrauen“-Vereinbarung abgeschlossen wurde.

Diese Bemühungen hatte zur Folge, dass in der sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den beiden Ländern weitere Fortschritte erzielt wurden. Durch die Vermittlung der US-Regierung unter Präsident Obama kam im März 2014 im Rahmen des Nuklearen Sicherheitsgipfels in Den Haag ein japanisch-amerikanisch-südkoreanisches Gipfeltreffenzustande. Die US-Regierung

förderte weiter den Dialog zwischen Japan und Südkorea und unterstützte auch die „Trostfrauen“-Vereinbarung. Das alles führte Ende 2016 schließlich zum Abschluss des GSOMIA zwischen den beiden Ländern. In der „Trostfrauen“-Vereinbarung orientierte man sich an Projektmodellen aus Deutschland und anderen Ländern, wodurch 2016 die „Stiftung für Versöhnung und Heilung“ gegründet wurde und Unterstützungsprojekte für ehemalige „Trostfrauen“ durchgeführt werden sollten. Die Umsetzung dieser Vereinbarung kam jedoch aufgrund der Amtsenthebung von Präsidentin Park im März 2017 auf halber Strecke zum Erliegen.

(2) Ära Abe-Suga/Moon (2017-2022)

Die mühevoll wiederhergestellten japanisch-südkoreanischen Beziehungen wurden durch den Amtsantritt der progressiven Regierung unter Präsident Moon Jae-in ab Mai 2017 erneut vor Herausforderungen gestellt und in die „schlimmste Zeit“ in der Nachkriegszeit gestürzt. Die Situation wurde zusätzlich dadurch verschärft, dass US-Präsident Trump, der im Januar 2017 sein Amt antrat, die Allianz und Zusammenarbeit zwischen den USA, Japan und Südkorea vernachlässigte.

Die Ära Abe/Moon war mit drei Thematiken konfrontiert: Nordkorea, historische Streitfragen und strategische Probleme. Zunächst stellte Nordkorea

die größte Herausforderung dar. Bei der dritten nordkoreanischen Nuklearraketen-Krise, die durch Atomwaffentests und den ersten Testabschuss einer Interkontinentalrakete (engl. *Intercontinental Ballistic Missile*, kurz ICBM) unter Kim Jong-un im Jahr 2017 ausgelöst wurde, wurde zwar nach außen hin die Zusammenarbeit zwischen Japan, den USA und Südkorea aufrechterhalten; in Wirklichkeit jedoch verfolgte jeder seine ganz eigenen Ziele. Im Einklang mit der Politik der „drei Neins (Three Nos)“, die Angaben zufolge Südkorea im Herbst desselben Jahres gegenüber China kommuniziert haben soll, distanzierte sich die südkoreanische Regierung unter Moon Jae-in von der militärischen Kooperation zwischen Japan, den USA und Südkorea sowie den amerikanisch-südkoreanischen Raketenabwehrsystemen, einschließlich dem Terminal High Altitude Area Defense (THAAD). In den Jahren 2018 und 2019 fanden die ersten drei Gipfelgespräche zwischen den USA und Nordkorea mit Präsident Trump und Staatschef Kim Jong-un statt (jeweils in Singapur, Hanoi und Panmunjom), wobei Südkoreas Präsident Moon Jae-in diese Treffen arrangierte und vermittelte. Auch Präsident Moon selbst veranstaltete drei Gipfeltreffen mit Nordkorea (im April, Mai und September 2018) und suchte dadurch den Dialog. Die japanische Regierung unter Premierminister Abe lehnte den Dialog zwar nicht ab, reagierte aber weiterhin mit Druck und rief US-Präsident Trump zu einem vorsichtigen Umgang mit dieser Situation auf. Die US-Regierung ihrerseits

reagierte mit Gesprächen und Druck auf Nordkorea, aber blieb in der Frage der Denuklearisierung erfolglos.

Die Kluft zwischen Japan und Südkorea wurde nicht nur in Hinblick auf die Nordkorea-Politik, sondern auch im Zusammenhang mit historischen Streitfragen und strategischen Problemen mehr als deutlich. In den Jahren 2018 und 2019 haben sich die Beziehungen zwischen Japan und Südkorea über „Auseinandertreiben und Unordnung“ hinaus zu einer „Krise“ entwickelt. Es handelte sich um eine komplexe diplomatische Krise in Bezug auf Geschichte, Wirtschaft und Sicherheit, die aus der von Japan und Südkorea betriebenen „negativen Verknüpfungspolitik“ heraus entstanden war.

Zusätzlich haben historische Streitfragen für Uneinigkeit zwischen den beiden Ländern gesorgt. Im Januar 2018 machte Präsident Moon Jae-in seinen Standpunkt in Bezug auf die „Trostfrauen“-Thematik deutlich und revidierte die „Trostfrauen“-Vereinbarung von 2015, indem er den Fokus stärker auf die Opfer setzte. Zwar erklärte Präsident Moon, er werde die Vereinbarung unter allen Umständen respektieren, aber faktisch untergrub er sie, indem er die südkoreanische „Stiftung für Versöhnung und Heilung“ zur Auflösung zwang, die unter anderem auch von der japanischen Regierung finanziert worden war. Anschließend tauchte auch das Thema der Zwangsarbeiter wieder auf. Ende Oktober 2018 verurteilte der Oberste

Gerichtshof Südkoreas die betreffenden japanischen Unternehmen zur Zahlung von Schadensersatz an die früheren Zwangsarbeiter. Die japanische Regierung war der Ansicht, dass die Fragen der Ansprüche, darunter auch die der Zwangsarbeiter, im Rahmen des Schadensregulierungsabkommens von 1965 „final gelöst“ worden waren, was auch von der südkoreanischen Regierung unter Präsident Roh Moo-hyun im Jahr 2005 bestätigt wurde. Die japanische Regierung vertrat daher den Standpunkt, dass das Urteil des Obersten Gerichtshofs Südkoreas gegen das Völkerrecht verstöße und entsprechende Vergeltungsmaßnahmen ergriffen werden würden, wenn das Urteil umgesetzt werden sollte. Die südkoreanische Regierung befand sich daraufhin in einer Zwickmühle, da sie sich sowohl an den Grundlagenvertrag zwischen Japan und der Republik Korea als auch an das Urteil des Obersten Gerichtshofs halten musste. Eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern ergab sich durch einen Vorfall im Zusammenhang mit den Verteidigungsbehörden im Jahr 2018. Anfang Oktober 2018 wurde Marineschiffen der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte erstmals die Einfahrt nach Busan verweigert. Eigentlich sollte die Kriegsschiffsflagge der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte nach geltendem Völkerrecht respektiert werden; doch die südkoreanische Behörde reagierte auf Widerstand einer Bürgerinitiative, die Flagge erinnere an die japanische

Flagge der aufgehenden Sonne aus der Vorkriegszeit. Im Dezember desselben Jahres kam es dann zu einem weiteren Vorfall, bei dem ein südkoreanisches Marineschiff den Feuerleitradar auf ein japanisches P3C-Patrouillenflugzeug richtete, was zu einem diplomatischen Konflikt zwischen den beiden Ländern führte. Das heißt, sowohl historische Streitfragen als auch diplomatisches Misstrauen haben sich schließlich negativ auf die japanisch-südkoreanische Wehrkooperation ausgewirkt.

Auch strategische Probleme vertieften die Kluft zwischen Japan und Südkorea. Während der strategische Wettbewerb zwischen den USA und China, die wirtschaftliche und technologische Sicherheit, die Indopazifik-Strategie und der Quadrilaterale Sicherheitsdialog (QUAD) zunehmend in den Fokus rückten, förderte die südkoreanische Regierung unter Präsident Moon ihre eigene neue Südpolitik, verhielt sich aber dem amerikanisch-chinesischen Wettbewerb sowie der Indopazifik-Strategie gegenüber in gewissem Maße distanziert. Dadurch vergrößerte sich die japanisch-südkoreanische Diskrepanz noch mehr. Als Japan im Dezember 2018 die Nationale Verteidigungsgrundlage überarbeitete, wurde Südkorea im Rang der Sicherheitspartner (USA ausgenommen) von Platz eins (laut der Nationalen Sicherheitsstrategie 2013) auf Platz vier herabgestuft, hinter Australien, Indien und der ASEAN. Diese Änderung war zwar in erster Linie das Ergebnis einer Kursänderung Japans

im Zuge seiner Indopazifik-Strategie; es lässt sich jedoch nicht ausschließen, dass auch die Uneinigkeit zwischen Japan und Südkorea in gewissem Maße dazu beitrug.

Von Sommer bis Herbst 2019 entwickelte sich diese Uneinigkeit zwischen den beiden Ländern schließlich zu einer diplomatischen Krise. Im Sommer hatte die japanische Regierung unter Premierminister Abe strengere Exportkontrollmaßnahmen für Südkorea angekündigt. Im Juli verschärfte sie die Einschränkungen für strategische Güter im Zusammenhang mit der Halbleiterfertigung und im August wurde Südkorea von Japans „Weißer Liste“ der Handelspartner gestrichen. Aus japanischer Sicht handelte es sich hierbei um eine Maßnahme der wirtschaftlichen Sicherheit und Exportkontrolle und nicht etwa um eine Ausfuhrbeschränkung, die gegen die Regeln der Welthandelsorganisation (engl. *World Trade Organization*, kurz WTO) verstößt. Doch die plötzliche Ankündigung der Maßnahme sowie ihre Verknüpfung mit historischen Streitfragen durch einige japanische Politiker führten auf koreanischer Seite zu Missverständnissen. Infolgedessen reichte die südkoreanische Regierung unter Präsident Moon eine Klage bei der WTO ein, stufte Japan in der eigenen Exportkontrolle kategorisch herunter und forderte sogar die Aufhebung des GSOMIA mit Japan. Die US-Regierung unter Präsident Trump, die bisher eine unbeteiligte Haltung zeigte, nahm die Thematik des

GSOMIA zum Anlass damit anzufangen, aktiv zwischen den beiden Ländern zu vermitteln. Daraufhin setzte die südkoreanische Seite im November 2019 eine Aufhebung des GSOMIA „vorläufig“ aus und die japanische Seite stimmte einem Dialog in Bezug auf die Exportkontrollen zu. So fanden im Dezember 2019 und im März 2020 Gespräche zwischen japanischen und südkoreanischen Beamten auf Abteilungsleiterebene zum Thema der Exportkontrollen statt; da die von der südkoreanischen Seite geforderte Wiederaufnahme in Japans „Weiße Liste“ jedoch nicht realisiert wurde, hörten die Gespräche im Mai desselben Jahres auf.

Inzwischen war die Krise, wie bereits erwähnt, vorbei – doch aufgrund der Corona-Pandemie seit Anfang 2020 kamen die japanisch-südkoreanischen Beziehungen erneut zu einem Zustand des „Auseinandertreibens“ zurück. Im Juli 2020 kündigte Premierminister Abe aus gesundheitlichen Gründen abrupt seinen Rücktritt an, woraufhin im September desselben Jahres die Regierung unter Premierminister Yoshihide Suga gebildet wurde. Suga hatte der Regierung unter Premierminister Abe bereits viele Jahre lang als Generalsekretär des Kabinetts gedient und führte ihren Kurs entsprechend weiter, wodurch die Gespräche auf Gipfelebene weiterhin eingestellt blieben. Nachdem Präsident Biden im Januar 2021 sein Amt antrat, hatte die US-Regierung damit begonnen, sowohl die Indopazifik-Strategie als auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Japan, den

USA und Südkorea zu fördern; doch das reichte nicht, um die japanisch-südkoreanischen Beziehungen zu restaurieren.

Aktueller Stand und Herausforderungen: Restauration und Neustart der Beziehungen zwischen Japan und Südkorea in der Ära Kishida/Yoon (2022-heute)

Zwischen 2021 bis 2022 kamen neue Regierungen unter neuer Führung an die Macht (Japan: Premierminister Fumio Kishida, LDP, ab Oktober 2021 / Südkorea: Präsident Yoon Suk-yeol, „People Power Party“ [konservativ], ab Mai 2022), sodass die Wiederherstellung und Verbesserung der Beziehungen zwischen Japan und Südkorea wieder auf Kurs gebracht wurden.

Im Gegensatz zur Vorgängerregierung unter Präsident Moon hat sich die neue südkoreanische Regierung unter Präsident Yoon seit dessen Amtsantritt im Mai 2022 aktiv um die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bemüht. Die Regierung legte ihr Hauptaugenmerk auf die südkoreanisch-amerikanische und die japanisch-südkoreanische Zusammenarbeit sowie die Kooperation zwischen Japan, den USA und Südkorea aus der strategischen Perspektive eines eigenen „globalen Drehpunkts (global

pivotal state)“, und der im November 2022 verkündeten Indopazifik-Strategie. So machte sie die Wiederherstellung der stark beschädigten Beziehungen zwischen Japan und Südkorea zu einem der wichtigsten Themen ihrer diplomatischen Agenda. Die japanische Regierung unter Premierminister Kishida verhielt sich zunächst zurückhaltend; doch nach einigen Dialogen auf hoher geschäftlicher Ebene zwischen den Kabinettsmitgliedern, unter anderem dem japanischen Außenminister Yoshimasa Hayashi und dem südkoreanischen Außenminister Park Jin, nahm sie eine proaktive Haltung ein.

Auslöser hierfür war auch die Unterstützung des Verbündeten beider Länder, nämlich der US-Regierung unter Präsident Biden. Unter der Führung der USA machten die japanisch-südkoreanischen Beziehungen weitere Fortschritte und die beiden Regierungschefs erhielten Gelegenheiten zum gemeinsamen Dialog. Das erste Gipfeltreffen zwischen Japan (Premierminister Kishida), den USA (Präsident Biden) und Südkorea (Präsident Yoon) fand auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juni 2022 statt und wurde auf dem Ostasiengipfel (engl. *East Asia Summit*, kurz EAS) in Kambodscha im November desselben Jahres fortgesetzt. Zusätzlich kam es erstmals zu einem öffentlichen Gipfeltreffen zwischen Premierminister Kishida und Präsident Yoon. Nachdem Präsident Yoon auf dem Ostasiengipfel die Politik der Indopazifik-Strategie präsentierte hatte (die im darauffolgenden

Dezember als offizielles strategisches Dokument veröffentlicht wurde), wurde diese von Präsident Biden und Premierminister Kishida freudig begrüßt, wodurch die „Phnom Penh“-Erklärung zwischen Japan, den USA und Südkorea in Bezug auf ihre trilaterale indopazifische Partnerschaft zustande kam. Diese Erklärung ist ein Dokument, in dem eine umfangreiche Zusammenarbeit nicht nur in Bezug auf Nordkorea, sondern auch in Hinblick auf globale Probleme – einschließlich dem Indopazifik und der Ukraine – vereinbart wurde, und zwar sowohl im Bereich der militärischen als auch der wirtschaftlichen und technologischen Sicherheit sowie der regionalen Entwicklung.

Nachdem der Grundstein für die strategische Zusammenarbeit zwischen Japan, den USA und Südkorea gelegt wurde, konnte im Zusammenhang mit den schlechten japanisch-südkoreanischen Beziehungen im Frühling 2023 schließlich ein Durchbruch erzielt werden. Zunächst traf Präsident Yoon am 6. März 2023 eine Entscheidung in Bezug auf die Thematik der Zwangsarbeiter und zog damit einen Schlussstrich unter diese größte ungelöste Streitfrage. Er beschloss unter Berücksichtigung sowohl des Grundlagenvertrags zwischen Japan und der Republik Korea von 1965 als auch des Urteils des südkoreanischen Obersten Gerichtshofs, dass die Kläger und Opfer eine „Drittentschädigung (third-party compensation)“ durch eine südkoreanische Stiftung erhalten sollten,

anstelle einer Entschädigung durch die verklagten japanischen Unternehmen. Das wurde von der japanischen Regierung akzeptiert und Präsident Yoon nahm am 16. März 2023 am japanisch-südkoreanischen Gipfeltreffen in Tokyo teil. Dies war das erste Treffen beider Länder seit der Einstellung der Pendeldiplomatie zwölf Jahre zuvor im Jahr 2011. Die Gespräche führten zur Lösung aller drei offenen Streitfragen (Zwangsarbeiter, Exportkontrollen und des GSOMIA zwischen Japan und Südkorea) und ebneten den Weg für eine erneute Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ländern in einer Vielzahl von Bereichen. Das zweite Gipfeltreffen zwischen Japan und Südkorea wurde am 7. Mai 2023 in Seoul während eines Besuchs von Premierminister Kishida in Südkorea abgehalten, und das dritte Treffen fand anlässlich des G7-Gipfels in Hiroshima vom 20. bis zum 21. Mai statt, zu dem Präsident Yoon eingeladen worden war. Während dieses Aufenthalts besuchten die beiden Regierungschefs erstmals gemeinsam das Kenotaph für die koreanischen Opfer der Atombombenabwürfe im Friedensgedenkpark in Hiroshima. Auch Präsident Obama hatte Hiroshima im Jahr 2016 einen Besuch abgestattet, um den Opfern des Krieges und der Atombombenabwürfe zu gedenken; auch der Besuch von Präsident Yoon war sowohl für Japan als auch für Südkorea ein ähnlicher „Hiroshima Moment“. Im Anschluss an den G7-Gipfel fand am 18. August 2023 auf Einladung von Präsident Biden ein Gipfeltreffen zwischen Japan, den

USA und Südkorea in Camp David, der Erholungsanlage des Präsidenten, statt. Obwohl es bereits das vierte Treffen dieser drei Regierungschefs darstellte, war es das erste Gipfeltreffen zwischen den drei Ländern, das unabhängig von anderen Anlässen stattfand und daher von historischer Bedeutung war; so hob es die Zusammenarbeit zwischen Japan, den USA und Südkorea auf eine ganz neue Ebene. Wie in Phnom Penh vereinbart, haben sich Japan, die USA und Südkorea darauf geeinigt, sich durch die Institutionalisierung ihrer Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen – darunter regelmäßige Gipfeltreffen und Dialoge zwischen den Kabinettsmitgliedern – eng miteinander zu beraten und sich den verschiedenen globalen Fragen, auch in Bezug auf die Ukraine und den Indopazifik, zu widmen. Die Frage ist nur, inwieweit diese Vereinbarung tatsächlich umgesetzt wird. Parallel zu den trilateralen Beziehungen zwischen Japan, den USA und Südkorea wird auch die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Japan und Südkorea aufmerksam beobachtet werden.

Zum Abschluss

Wie im Vorherigen erwähnt, hat nun die vierte Phase der Wiederherstellung begonnen, sodass die japanisch-südkoreanischen Beziehungen sich endlich wieder auf dem richtigen Weg befinden. Im Oktober 2023 jährte sich zum 25. Mal die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zwischen Japan und Südkorea,

die 1998 während der Amtszeit von Präsident Kim Dae-jung und Premierminister Keizo Obuchi unterzeichnet worden war. Die südkoreanische Regierung unter Präsident Yoon strebt eine neue Ära der japanisch-südkoreanischen Beziehungen an, die als „Kim Dae-jung/Obuchi 2.0“ bezeichnet wird. Japan wird dieses Vorhaben wahrscheinlich erwidern. Angesichts des schwierigen Sicherheitsumfelds müssen die beiden Industrieländer als gleichberechtigte Partner, die dieselben liberaldemokratischen Werte teilen und dabei die internationale Ordnung auf Grundlage der Rechtsstaatlichkeit beachten, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang gibt es keine andere Möglichkeit, als die bilateralen Beziehungen zu festigen, verschiedene Abkommen umzusetzen und die japanisch-südkoreanischen Beziehungen im Rahmen dieser neuen Ära weiter aufzubauen. Dafür ist die japanisch-südkoreanische Zusammenarbeit unter der Führung von Premierminister Kishida und Präsident Yoon von entscheidender Bedeutung.

Literaturangaben

Yasuyo Sakata (2020), “Japan-South Korea relations and the Biden factor,” *Asia Unbound*, Council on Foreign Relations, <https://www.cfr.org/blog/japan-south-korea-relations-and-biden-factor>

Yasuyo Sakata (2021), "Chapter Two: Changing Japan-ROK Relations and Implications for U.S.-ROK-Japan Strategic Cooperation: A Japanese Perspective," Scott W. Harold, et.al., *The U.S.-Japan Alliance and Rapid Change on the Korean Peninsula: Proceedings from a Pair of Conferences*, RAND, https://www.rand.org/pubs/conf_proceedings/CFA945-1.html

Yasuyo Sakata (2021), "The US-Japan-ROK Trilateral in the Indo-Pacific Era: Strategic Alignment or Still in Flux?" *The Asan Forum*, <https://theasanforum.org/the-us-japan-rok-trilateral-in-the-indo-pacific-era-strategic-alignment-or-still-in-flux/>

Yasuyo Sakata (2024), „Camp David and US-Japan-ROK Trilateral Security and Defense Cooperation: Consolidating the Northeast Asia Anchor in the Indo-Pacific,” *Korea Policy*, Vol.2, no.1 (2024), The Korea Economic Institute

Yasuyo SAKATA



Yasuyo Sakata ist Professorin für internationale Beziehungen an der Kanda University of International Studies (Faculty of Global Liberal Arts) in Japan. Ihr Spezialgebiet ist die Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien/Indopazifik mit Schwerpunkt auf Allianzen und der Sicherheitszusammenarbeit zwischen den USA, der Republik Korea und Japan. Sie ist Research Fellow am Research Institute for Peace and Security (Tokio) und war Visiting Research Fellow am Institute of Modern Korean Studies der Yonsei University (2008-2009) und am Sigur Center for Asian Studies der George Washington University (2014). Sie ist Mitglied des Deliberative Council on Defense Facilities des japanischen Verteidigungsministeriums (bis 2024) und des NHK World Deliberative Committee (bis 2024). Sie hat an verschiedenen Seminaren und Projekten teilgenommen, unter anderem beim JIIA, European Council of Foreign Relations (ECFR), Asia-Pacific Initiative, RAND und Sejong Institute. Zu ihren Veröffentlichungen gehören *US-Japan Security Alliance* (Palgrave), *Trilateralism and Beyond* (Kent State UP) sowie Podcasts bei CSIS/The Impossible State (DC) und IISS/Japan Memo (London). Sie ist eine gefragte Kommentatorin in japanischen Medien wie NHK, Nikkei, Asahi. Sie erhielt ihren M.A. von der Keio-Universität.